

9. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Wintersession 2013



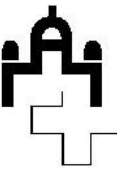
-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

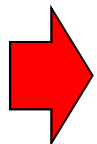
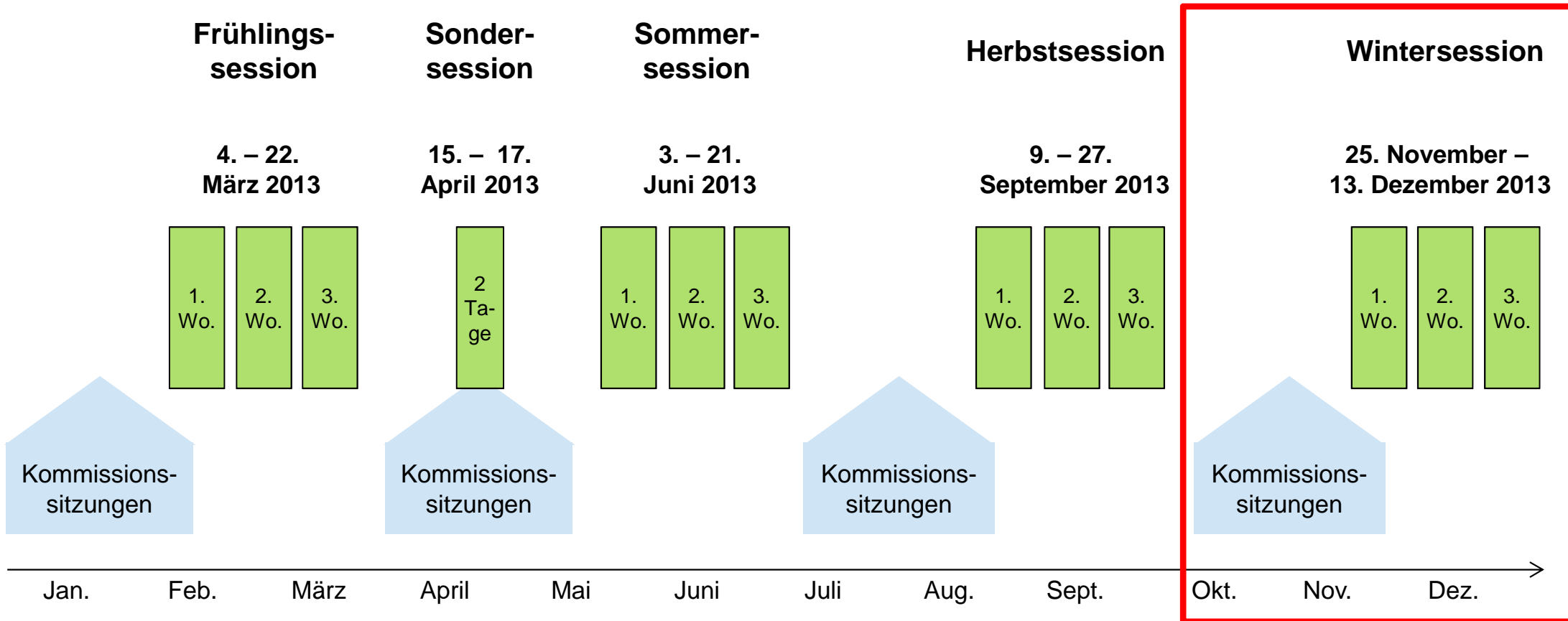
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

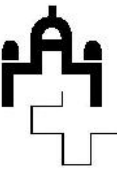
4. Aktualitäten



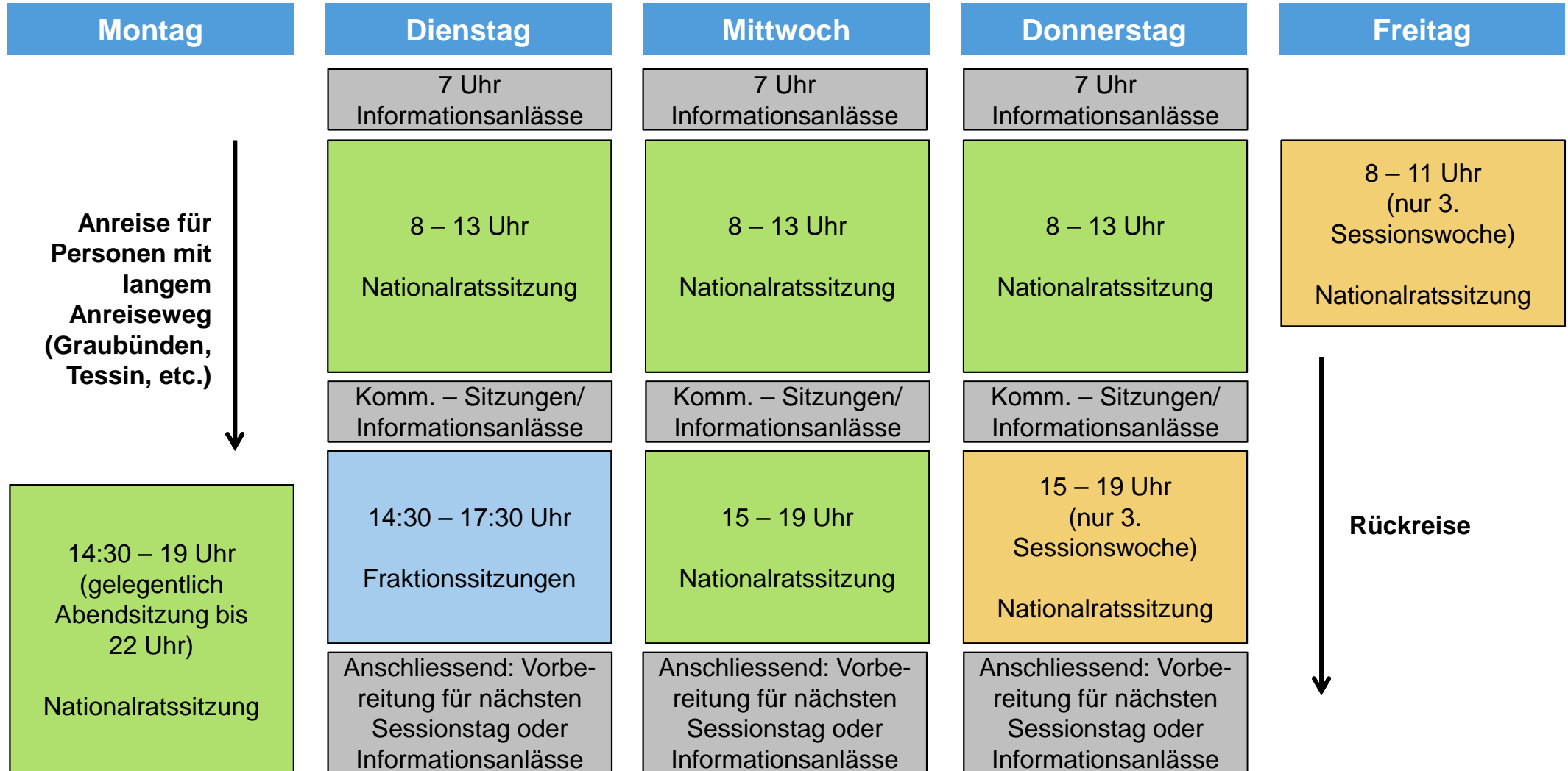
In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Wintersession, sowie über die Kommissionssitzungen bis dahin

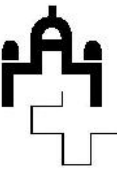


Zusätzlich zu den Sessions und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt

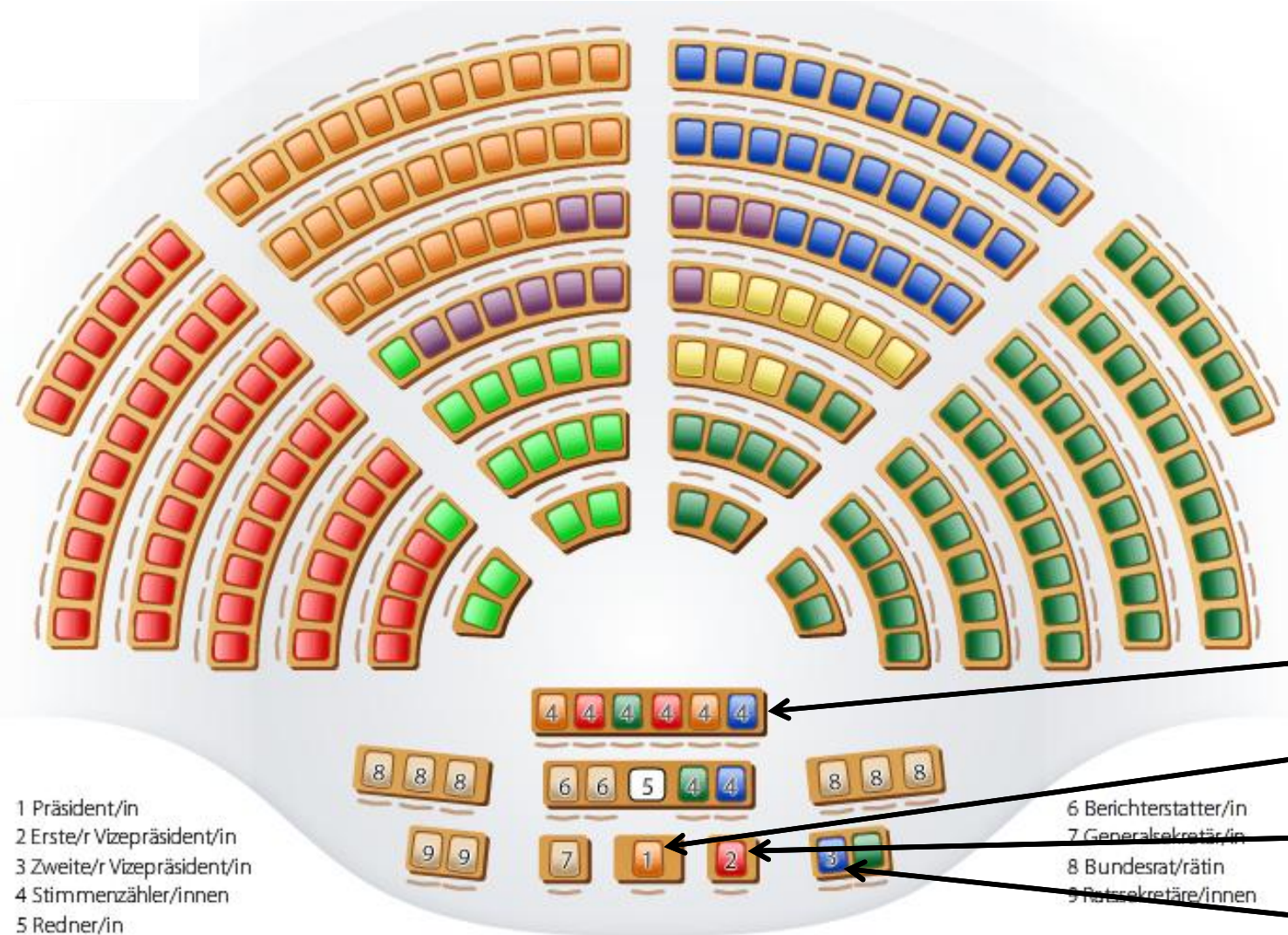


Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der CVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die FDP



Stärke der Fraktionen im National- und Ständerat		
SVP:	63	(57/6)
SP:	57	(46/11)
CVP/EVP:	44	(31/13)
FDP:	41	(30/11)
Grüne:	17	(15/2)
GLP:	14	(12/2)
BDP:	10	(9/1)

- 8 Stimmzähler
- Präsident (CVP)
- 1. Vizepräsident (SP)
- 2. Vizepräsident (FDP)

- 1 Präsident/in
- 2 Erste/r Vizepräsident/in
- 3 Zweite/r Vizepräsident/in
- 4 Stimmzähler/innen
- 5 Redner/in

- 6 Berichterstatter/in
- 7 Generalsekretär/in
- 8 Bundesrat/rätin
- 9 Ratsekretäre/innen

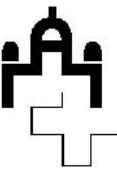
Quelle: www.parlament.ch

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

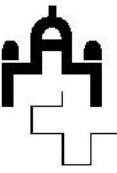
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



Die untenstehenden Geschäfte waren die bedeutendsten in der Wintersession und werden nachfolgend vertieft

- 1 Wahlen
- 2 Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket
- 3 Budget 2014
- 4 Weiterbildungsgesetz
- 5 Mindestlohninitiative
- 6 4-Meter-Korridor auf der Gotthard-Achse
- 7 Indirekter Gegenvorschlag zur Pädophilen-Initiative
- 8 Freihandelsabkommen Schweiz – China
- 9 Änderung des Ausländergesetzes zur Verankerung der Integration als Staatsaufgabe
- 10 Diverse weitere Geschäfte



Für 2014 wird der Nationalrat durch Ruedi Lustenberger (CVP) und der Ständerat durch Hannes Germann (SVP) präsiert

Präsidium Nationalrat 2014

- Im Nationalrat wurde **Ruedi Lustenberger** (CVP/LU) zum Präsidenten 2013/2014 gewählt. Zum 1. Vizepräsidenten wurde **Stéphane Rossini** (SP/VS), zur 2. Vizepräsidentin wurde **Christa Markwalder** (FDP/BE) gewählt.

Präsidium Ständerat 2014

- Im Ständerat wurde **Hannes Germann** (SVP/SH) zum Präsidenten 2013/2014 gewählt. Zum 1. Vizepräsidenten wurde **Claude Hêche** (SP/JU), zum 2. Vizepräsidenten **Raphaël Comte** (FDP/NE) gewählt.

Bundespräsident 2014

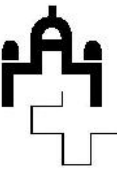
- Die Bundesversammlung hat Aussenminister **Didier Burkhalter** zum Bundespräsidenten für das Jahr 2014 gewählt. Der 53-jährige Neuenburger FDP-Bundesrat erhielt 183 von 202 gültigen Stimmen. SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga wurde mit 180 von 205 gültigen Stimmen zur Vizepräsidentin des Bundesrates gewählt.

MCG Ersatzwahl

- Im Nationalrat ist **Roger Golay** vereidigt worden, Vertreter des Mouvement Citoyens Genevois (MCG). Er ersetzt Mauro Poggia, der in die Genfer Regierung gewählt worden war. Der 54-jährige MCG-Präsident Golay wird in die SVP-Fraktion aufgenommen.

Bundesgericht

- Die Vereinigte Bundesversammlung hat mit 198 von 200 gültigen Stimmen **Yves Rüedi** (SVP/GL) als neuen Bundesrichter gewählt. Er tritt die Nachfolge von Bundesrichter Roland Schneider (SVP) in der strafrechtlichen Abteilung an.



Der Bund muss nun dem Parlament ein „richtiges“ Aufgabenüberprüfungspaket ohne Scheinkürzungen vorlegen

Worum es geht

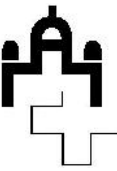
- Die SVP unterstützte eine Motion der Finanzkommission im Jahr 2011, welche die Aufgabenüberprüfung fortsetzen und Einsparungen von mindestens CHF 1 Milliarde pro Jahr beim Bundeshaushalt finden wollte.
- Als Antwort auf diese Motion präsentierte der Bundesrat das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014.

Position der SVP

- Die SVP lehnte das vorgeschlagene KAPG 2014 ab, da keine echte Aufgabenüberprüfung vorgenommen wurde. Stattdessen wurden Ausgaben um einige Jahre nach hinten geschoben und bei der grössten „Kostensparnis“ wurde einfach Geld von der AHV zum Bundeshaushalt transferiert (über eine Senkung des Verzinsungszinssatzes).
- In ihrem Rückweisungsantrag forderte die SVP, dass das Ausgabenwachstum für die Periode 2014-16 auf maximal das effektive Wirtschaftswachstum beschränkt würde, und dass die Personalausgaben um ca. 20% gesenkt würden.

Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat hat sich zum zweiten Mal gegen das unzureichende Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket ausgesprochen und mit 112 zu 70 Stimmen bei 3 Enthaltungen im Sinne der SVP beschlossen, dieses an den Bundesrat zurückzuweisen.
- Nun muss der Bundesrat neue Vorschläge präsentieren.



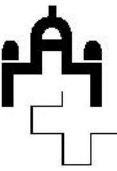
Während beim Budget 2013 noch Mehrausgaben beschlossen wurden, rangen sich die Räte nun zu Ausgabenkürzungen durch

Worum es geht

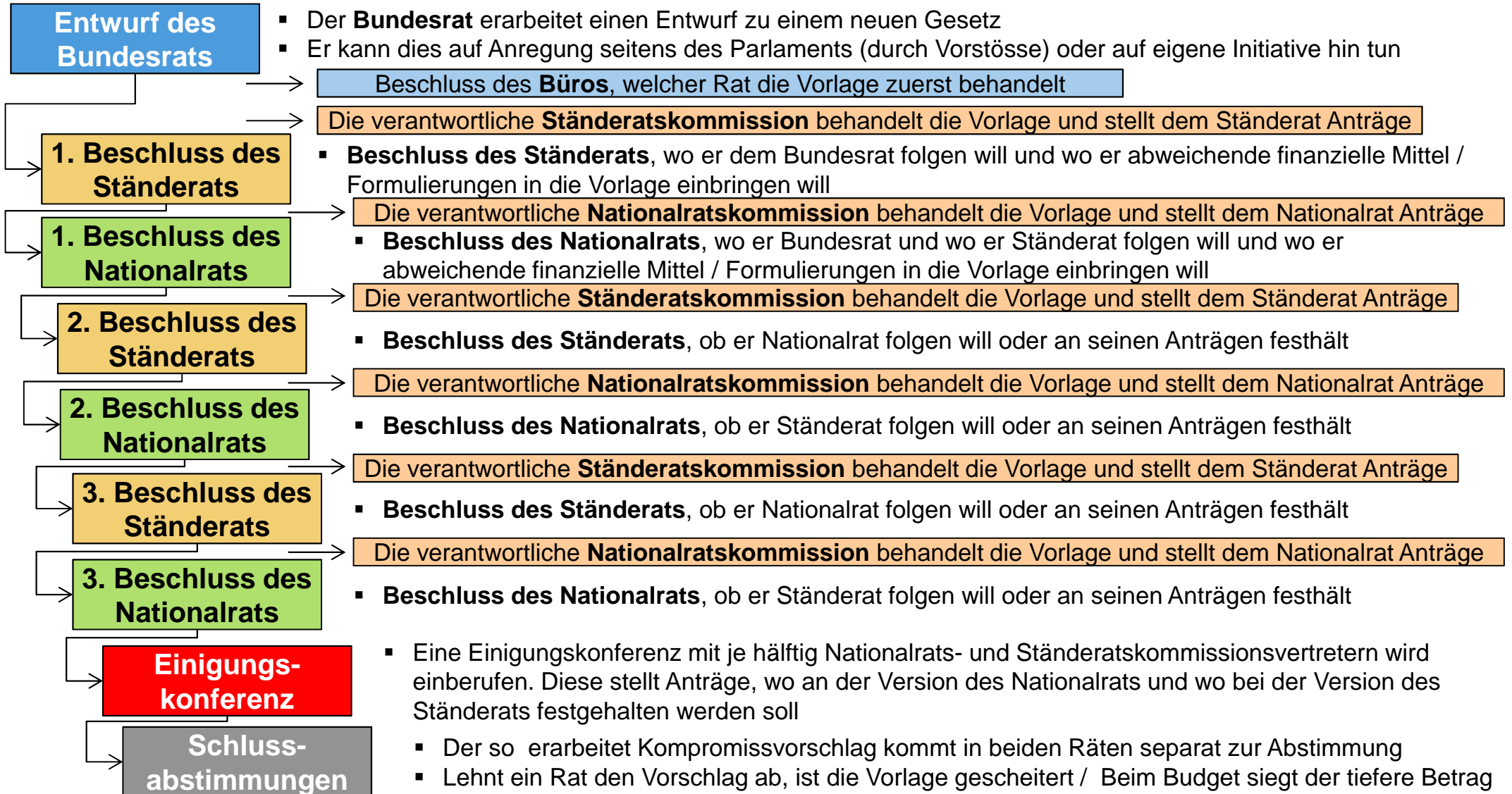
Position der SVP

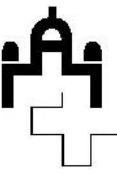
Ergebnis in den Räten

- In der Wintersession wird jeweils das Budget für die Bundesverwaltung für das kommende Jahr beschlossen. Dabei gibt es jeweils zahlreiche Aufstockungs- und Kürzungsanträge.
- Die SVP beantragte Einsparungen beim Personal, beim Sach- und Betriebsaufwand, bei Asyl und Migration und bei der Auslandshilfe.
- Als Erstrat beschliesst der Ständerat den Vorschlägen des Bundesrats zu folgen und auf Einsparungen zu verzichten.
- Als Zweitrat streicht der Nationalrat 50 Mio. CHF beim Personal und 150 Mio. CHF im Sach- und Betriebsaufwand. Für die Landwirtschaft werden 8 Mio. CHF mehr ausgegeben.
- Bei der **zweiten Beratung** lehnt der Ständerat die Vorschläge des Nationalrats ab.
- Der Nationalrat verzichtet entgegen dem Willen der SVP auf Einsparungen von 50 Mio. CHF beim Personal, da die BDP kippte. Die anderen Differenzen bleiben bestehen.
- Bei der **dritten Beratung** lehnt der Ständerat die Vorschläge des Nationalrats weiterhin ab.
- Der Nationalrat hält nun an seinen Forderungen ebenfalls fest, weshalb eine Einigungskonferenz einberufen wird.
- Der Nationalrat lehnte die Anträge der **Einigungskonferenz** mit 95 zu 93 Stimmen ab und beharrte so auf Einsparungen von 150 Mio. CHF beim Sach- und Betriebsaufwand. Scheitert der Antrag der Einigungskonferenz, kommt die Regel im Parlagengesetz zum Zug, wonach der tiefere Betrag als beschlossen gilt. Das Budget schliesst mit einer schwarzen Null (Überschuss von 121 Mio. CHF).

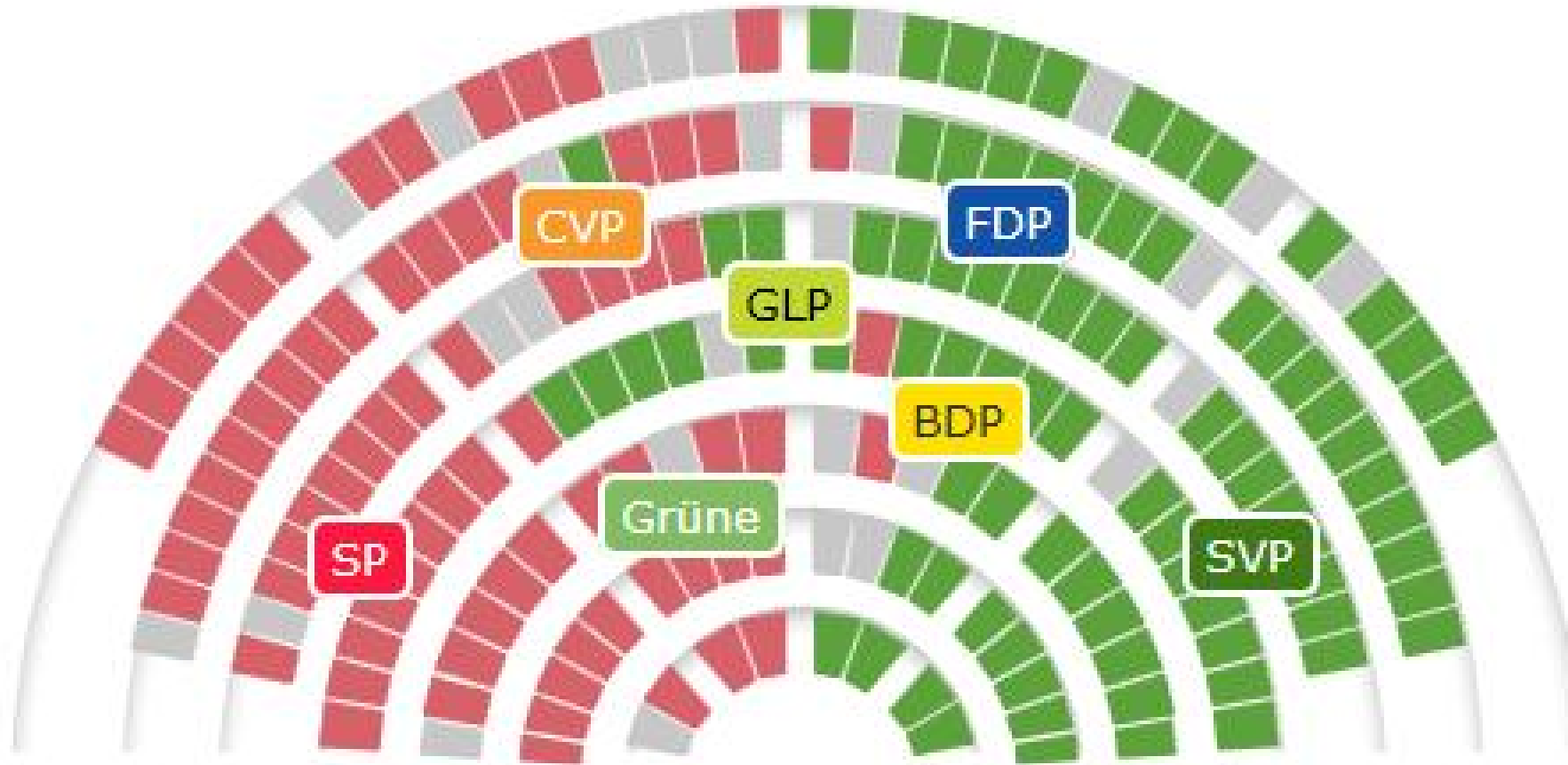


Ein Geschäft kann bis zu dreimal zwischen National- und Ständerat hin und hergehen





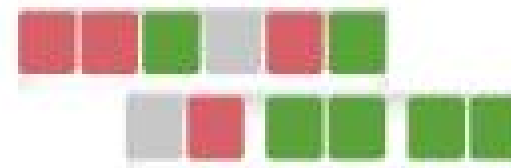
Erste Budget-Beratung im Nationalrat am 2. Dez.: CHF 150 Mio. Kürzungen beim Sach-/Betriebsaufwand werden angenommen

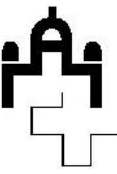


Nationalrat

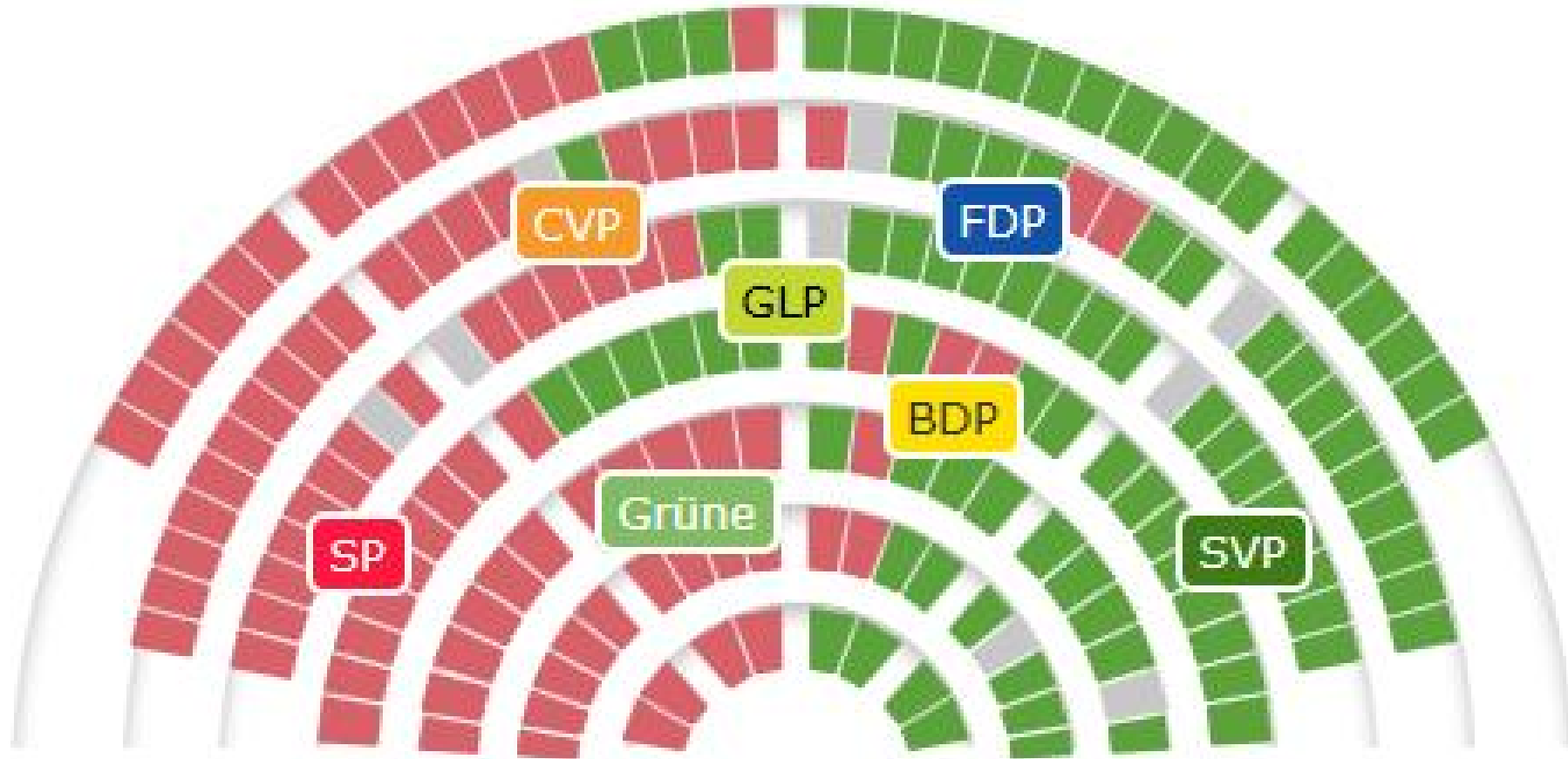
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja
54 %





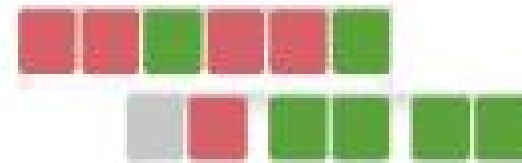
Bei der zweiten, identischen Abstimmung am 9. Dezember sind bereits einige BDP und FDP Politiker gekippt

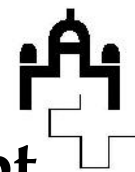


Nationalrat

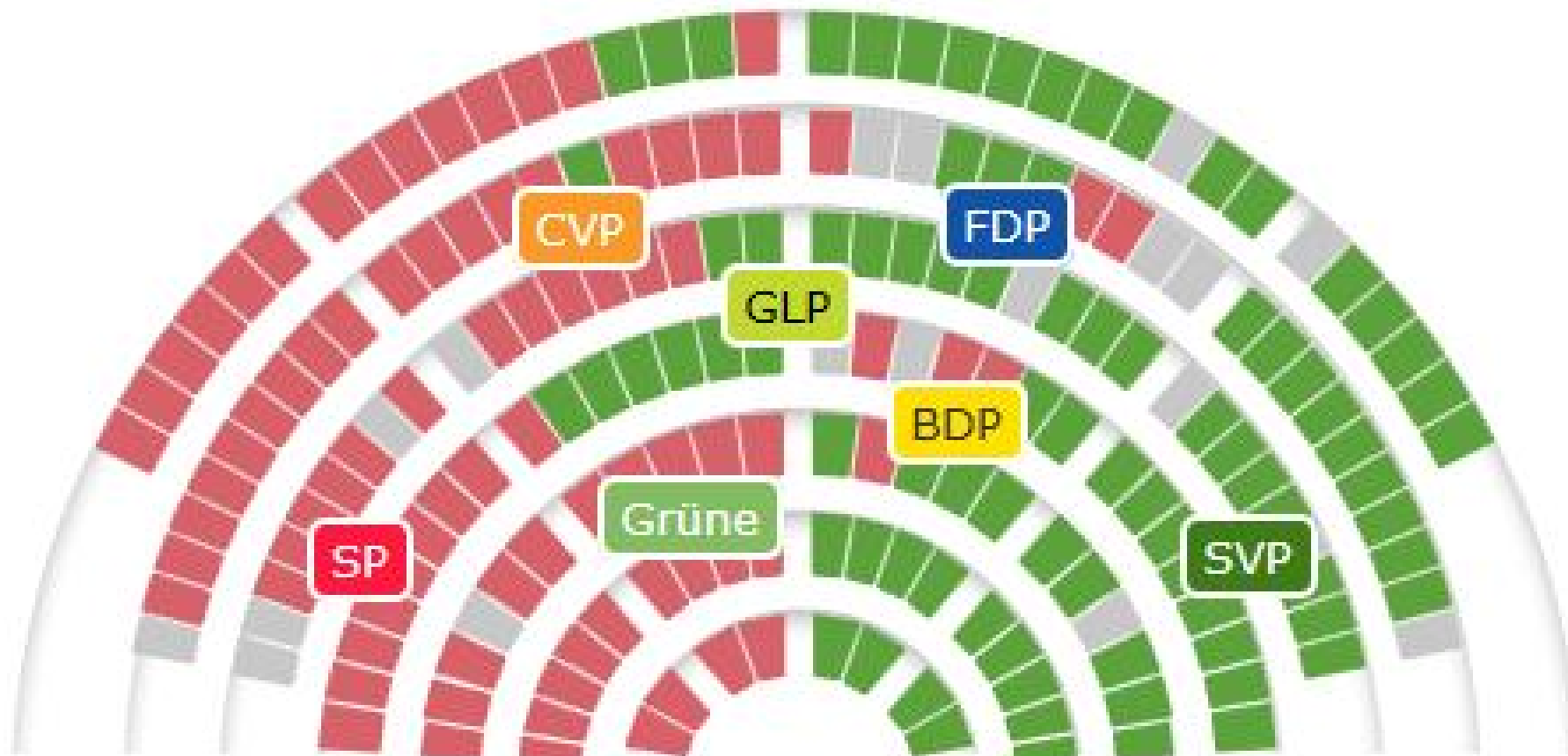
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja
51 %





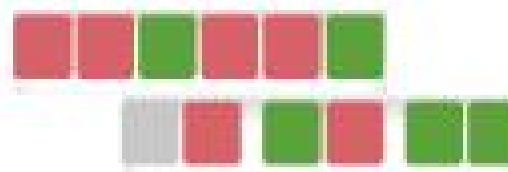
Bei der dritten, identischen Abstimmung am 11. Dezember bleibt das Stimmverhalten fast identisch

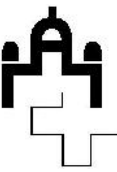


Nationalrat

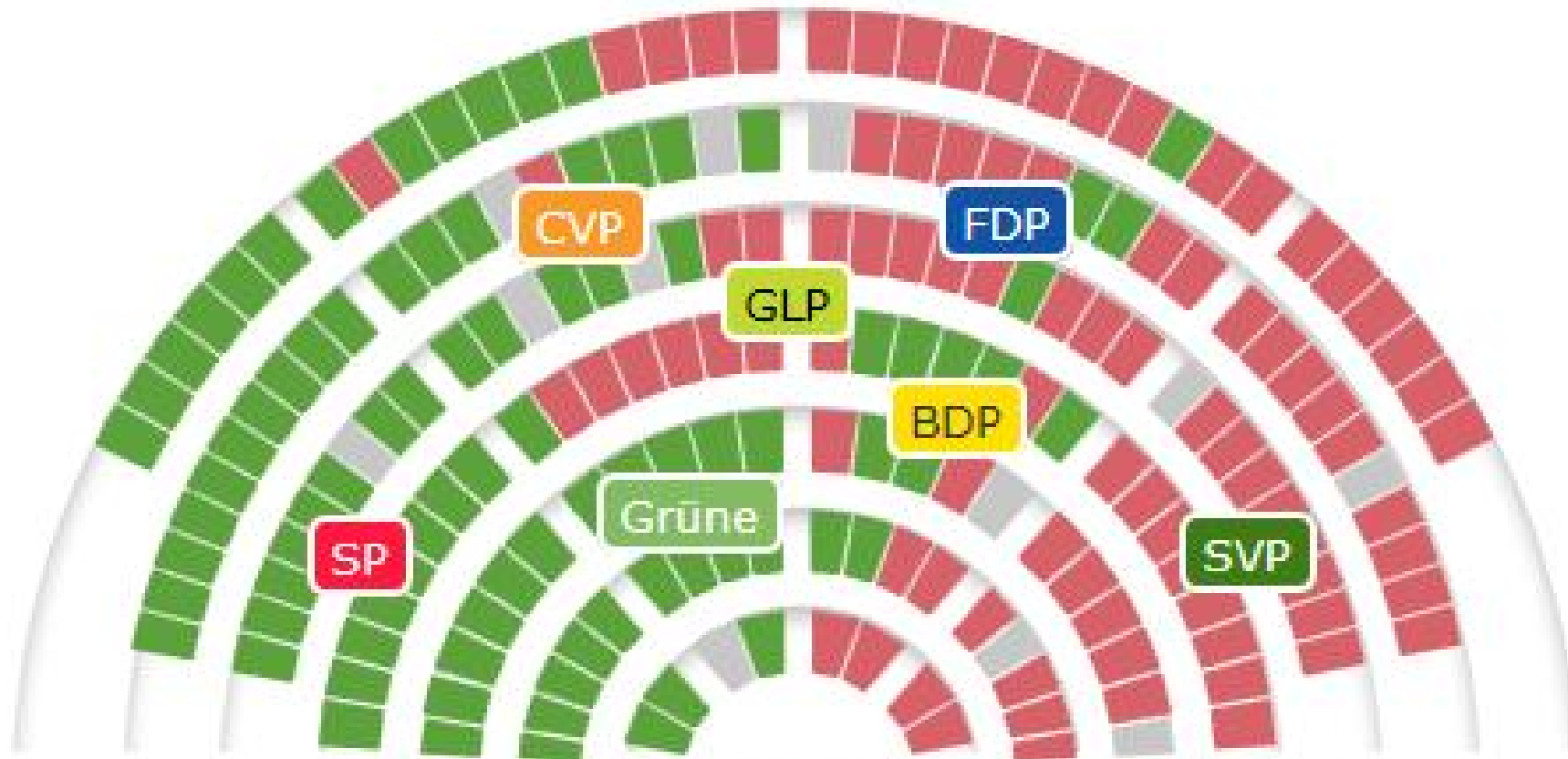
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja
51 %





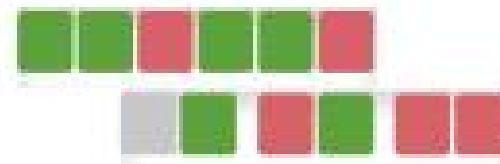
Bei der letzten, fast identischen Abstimmung am 12. Dezember wird die Kürzung mit einer Stimme Unterschied angenommen

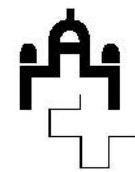


Nationalrat

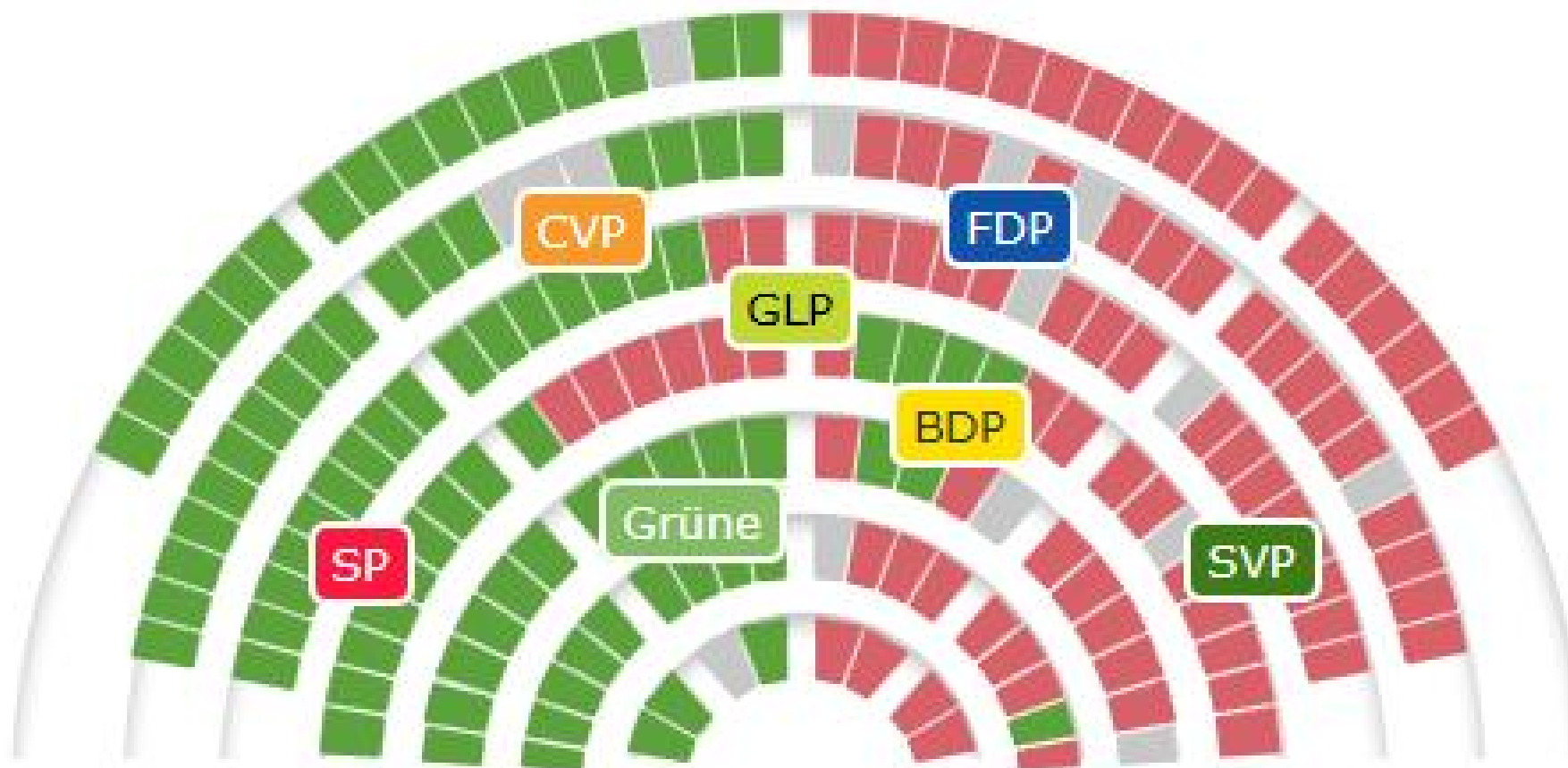
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Nein
50 %





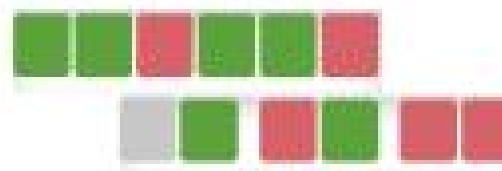
Ein Rückkommensantrag von Nationalrätin Meier-Schatz (CVP/SG) findet 6 Minuten nach der Abstimmung eine Mehrheit

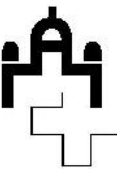


Nationalrat

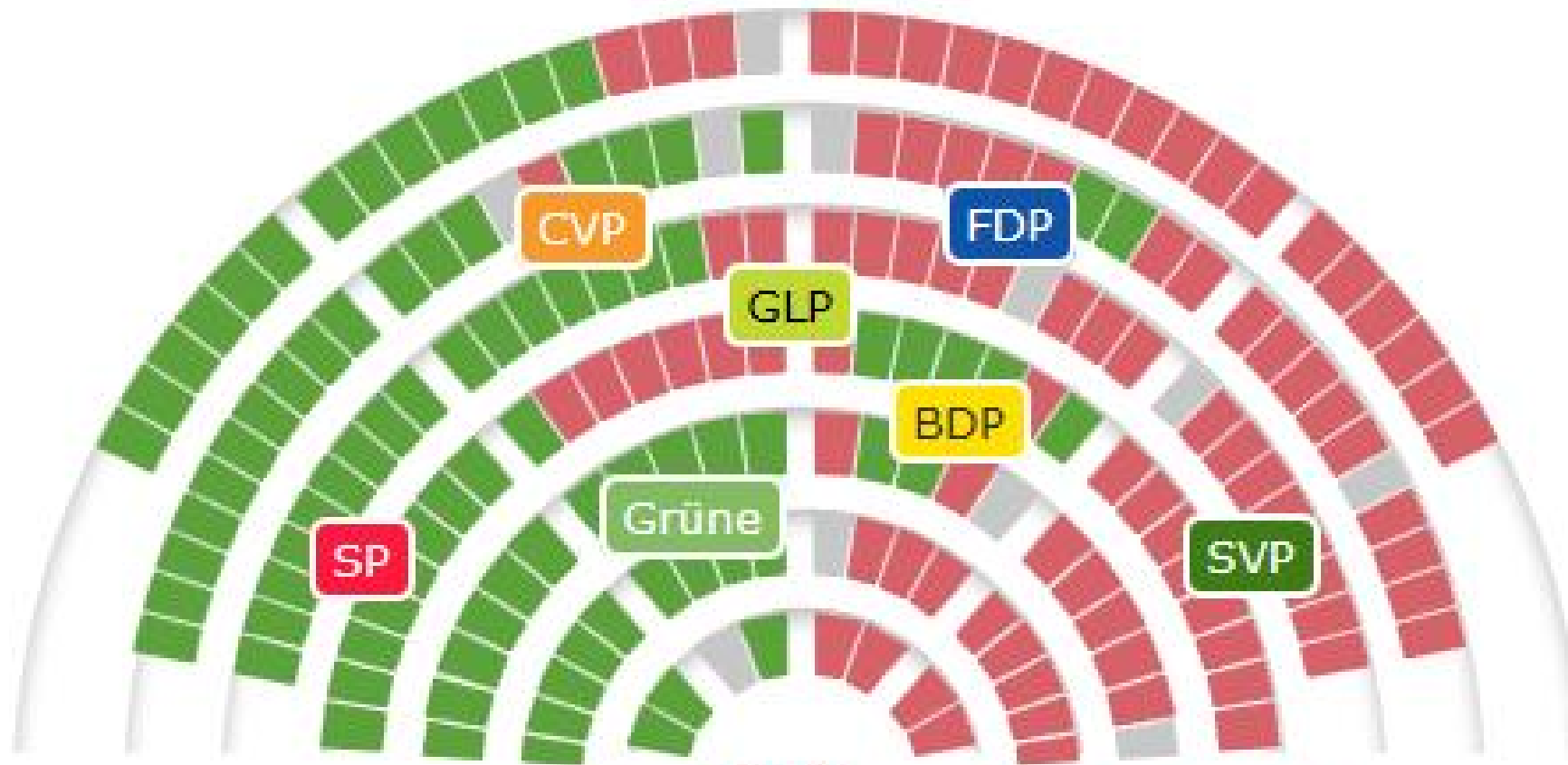
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja
51%





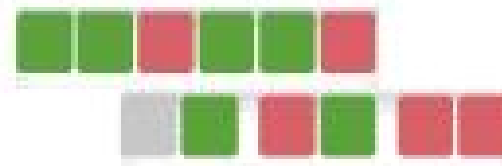
Weitere 2 Minuten später sagt das Parlament nochmals JA zur Kürzung, dieses Mal mit zwei Stimmen Unterschied

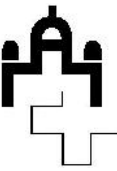


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Nein
51 %





Bei der Beratung des Weiterbildungsgesetzes konnte die SVP allzu grosse staatliche Eingriffe abwenden

Worum es geht

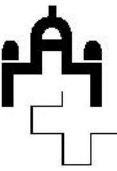
- Am 21. Mai 2006 haben Volk und Stände die neuen Verfassungsbestimmungen zur Bildung mit grossem Mehr angenommen. Mit Artikel 64a BV wird die Weiterbildung erstmals auf Verfassungsebene geregelt und in die Bildungspolitik integriert. Zugleich ist mit der expliziten Aufnahme der Weiterbildung in die Bundesverfassung der Bildungsraum Schweiz vervollständigt worden. Der Bund hat nun neu den Auftrag, Grundsätze über die Weiterbildung festzulegen, die Kompetenz, die Weiterbildung zu fördern, und die Aufgabe, auf Gesetzesstufe Bereiche und Kriterien festzulegen.

Position der SVP

- Die SVP stellte den Antrag, den Gesetzesentwurf an den Bundesrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, diesen zu verschlanken und im Sinne des behutsam formulierten Artikel 64a der Bundesverfassung von allen unnötigen Regulierungen eines an sich funktionierenden Weiterbildungsmarktes abzusehen.

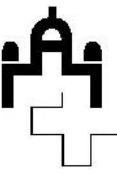
Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat will ein Weiterbildungsgesetz, aber keine grossen staatlichen Eingriffe in einen funktionierenden Weiterbildungsmarkt. Bei der Beratung des vom Bundesrat vorgelegten Rahmengesetzes hielt er konsequent daran fest, dass Weiterbildung grundsätzlich in der Verantwortung des Einzelnen liegen soll. Unter anderem wurden Anträge abgelehnt, welche Lohnausfälle wegen langer Weiterbildungen teilweise aus der AHV ausgleichen wollten, oder welche eine Woche bezahlten Weiterbildungsurlaub pro Jahr forderten. Das Weiterbildungsgesetz geht nun an den Ständerat.

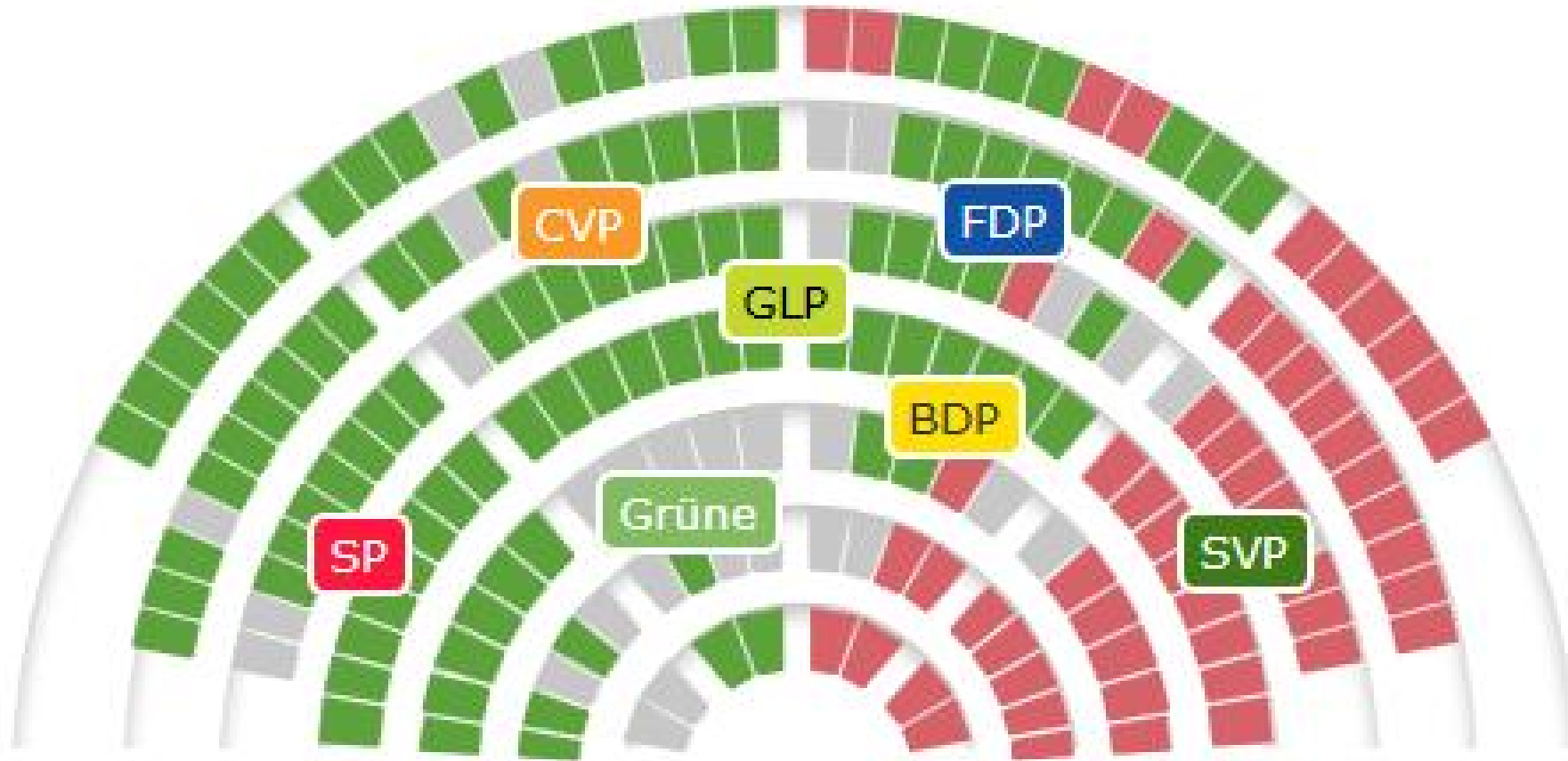


Die Linke ging mit ihren Forderungen sehr weit, fand dabei jedoch keine Mehrheiten im Nationalrat

<p>Art. 5 Verantwortung</p> <p>¹ Der einzelne Mensch trägt die Verantwortung für seine Weiterbildung.</p>	<p>Art. 5</p> <p>Mehrheit</p> <p>Minderheit (Aubert, Allemann, Bulliard, Gilli, Jositsch, Neiryndck, Reynard, Steiert, Vischer Daniel)</p> <p>Art. 17a</p> <p>Um die lebenslange Weiterbildung zu fördern, besteht bei einer Langzeitweiterbildung Anspruch auf eine teilweise Kompensation der Lohnausfälle.</p>	<p>Minderheit (Trede, Aebischer Matthias, Aubert, Jositsch, Maire Jacques-André, Neiryndck, Reynard, Vischer Daniel)</p> <p>¹ Der einzelne Mensch, der Arbeitgeber und die öffentliche Hand tragen die Verantwortung für die Weiterbildung.</p>		
<p>² Die öffentlichen und die privaten Arbeitgeber begünstigen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.</p>	<p>Mehrheit</p> <p>Minderheit I (Jositsch, Aebischer Matthias, Aubert, Bulliard, Maire Jacques-André,</p> <p>Minderheit II (Jositsch, Aebischer Matthias, Aubert, Maire Jacques-André, Reynard, Trede,</p> <p>Minderheit (Reynard, Allemann, Aubert, Bulliard, Chopard-Acklin, Jositsch, Riklin Kathy, Vischer Daniel)</p> <p>Art. 329g g. Weiterbildungsurlaub</p> <p>Der Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmer pro Jahr einen bezahlten Urlaub von bis zu einer Woche zu gewähren. Die nicht bezogenen Stunden können auf ein persönliches Bildungskonto übertragen werden.</p>	<p>Minderheit III (Maire Jacques-André, Aebischer Matthias, Aubert, Bulliard, Jositsch, Neiryndck, Quadranti, Reynard, Riklin Kathy)</p> <p>² Die öffentlichen und die privaten Arbeitgeber begünstigen bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Weiterbildung und den Erwerb von Grundkenntnissen.</p>	<p>Minderheit IV (Trede, Aebischer Matthias, Aubert, Jositsch, Maire Jacques-André, Reynard, Vischer Daniel)</p> <p>² Die öffentlichen und die privaten Arbeitgeber unterstützen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unabhängig ihres Beschäftigungsgrades. Sie sorgen insbesondere dafür, dass diese Arbeit und Bildung vereinen können.</p>	<p>Minderheit V (Schilliger, Grin, Herzog, Keller Peter, Mörgeli, Müri, Pezzatti, Stahl, Wasserfallen, Wobmann)</p> <p>² Streichen</p>



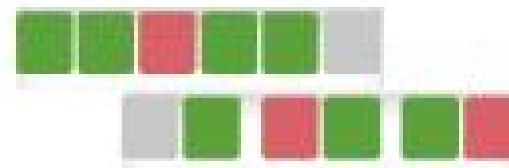
Die SVP lehnte das neue Weiterbildungsgesetz als einzige Partei geschlossen ab

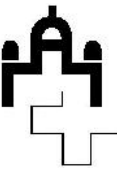


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja
65 %





Die Mindestlohninitiative fordert mindestens CHF 4'000 Lohn – die Auswirkungen für die Wirtschaft wären verheerend

Worum es geht

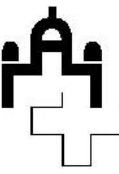
- Die Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» wurde am 23. Januar 2012 mit 112 301 gültigen Unterschriften vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) eingereicht. Sie verlangt einerseits, dass Bund und Kantone die Löhne in der Schweiz schützen, indem sie die Festlegung von Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) fördern. Andererseits soll der Bund einen nationalen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde festlegen, welcher jährlich der Teuerung angepasst würde. Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Zwar teilt er grundsätzlich das Anliegen der Initiative, Lohnunterbietung und Armut zu bekämpfen, doch zweifelt er an der Wirksamkeit der Initiative und ist der Meinung, die Initiative habe schädliche Auswirkungen auf den Schweizer Arbeitsmarkt und die insgesamt gut funktionierende Sozialpartnerschaft in unserem Land.

Position der SVP

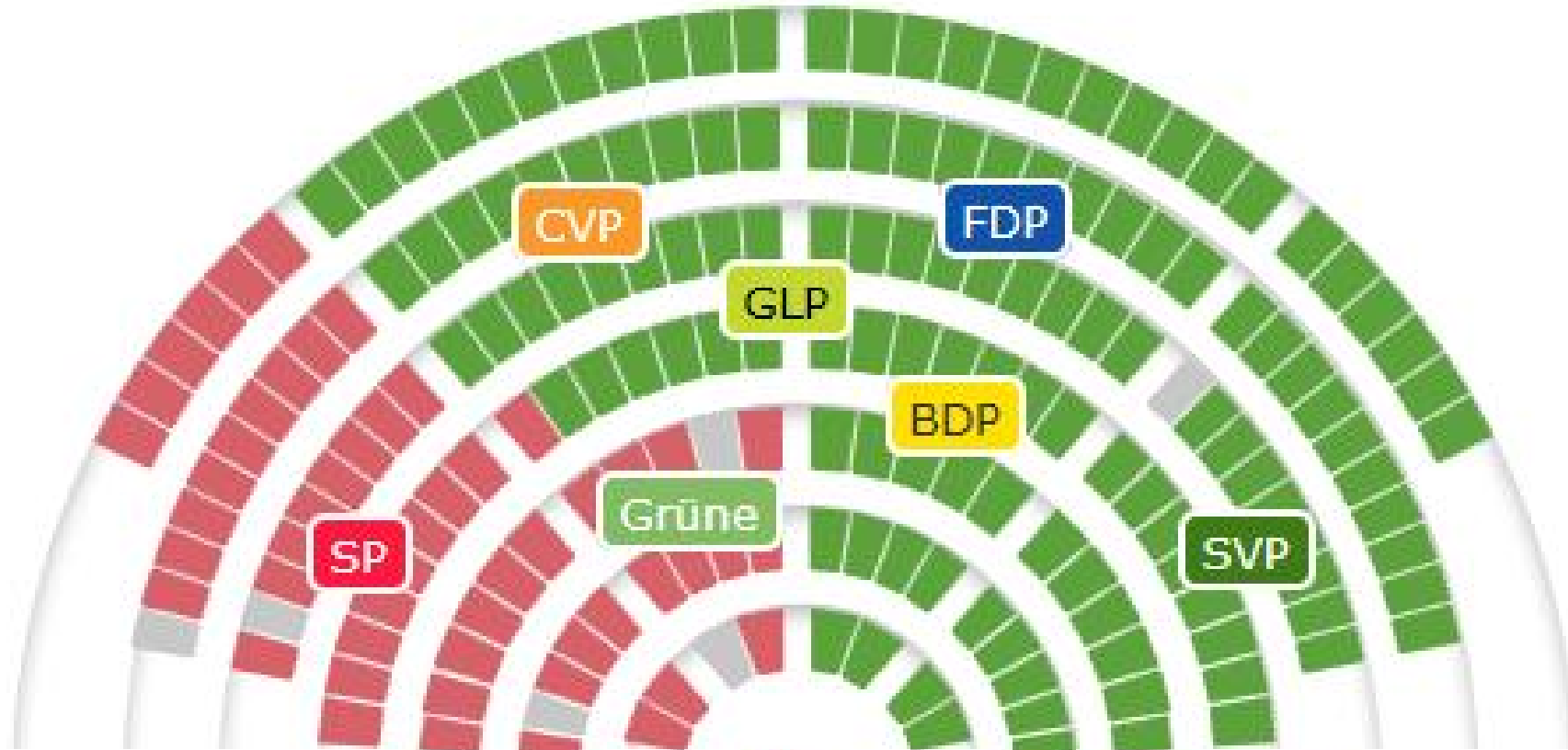
- Die SVP lehnt die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften einstimmig ab.

Ergebnis in den Räten

- Die bürgerlichen Parteien stellen sich klar gegen das Volksbegehren, nur SP und Grüne plädieren für ein Ja. Über 70 Ratsmitglieder hatten sich zum Thema geäußert. Wie der Bundesrat empfiehlt das Parlament dem Stimmvolk, die Mindestlohn-Initiative abzulehnen. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat mit 128 zu 59 Stimmen gegen die Initiative der Gewerkschaften ausgesprochen. Diese kommt im Mai oder September 2014 zur Abstimmung.



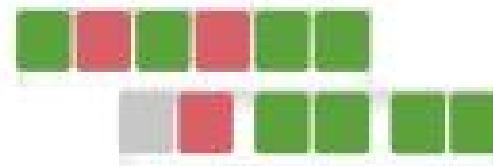
Die Mindestlohn Initiative der Gewerkschaften wurde im Nationalrat nur von linker Seite unterstützt

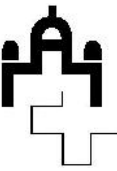


Nationalrat

klicken für detaillierte Ergebnisse

Ja
71 %





Für eine Milliarde Franken soll ein 4-Meter-Eisenbahnkorridor für die Beförderung von Sattelaufliegern geschaffen werden

Worum es geht

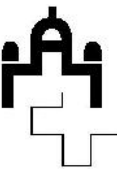
- Die eidgenössischen Räte haben die Errichtung eines 4-Meter-Korridors für die Beförderung von Sattelaufliegern mit einer Eckhöhe von 4 Metern im kombinierten Verkehr über die Gotthard-Achse gefordert. Dafür ist ein Ausbau des Lichtraumprofils auf den Zulaufstrecken zum Gotthard-Basistunnel nötig. Für eine Inbetriebnahme des 4-Meter-Korridors nach Eröffnung des Ceneri-Basistunnels, wie sie von den Motionären gefordert wird, muss bereits im Jahr 2014 eine Finanzierungslösung in Kraft sein.
- Die Kosten für den Ausbau in der Schweiz werden auf 710 Millionen CHF veranschlagt. Die Massnahmen betreffen 20 Tunneln und rund 150 Profilhindernisse. Zudem soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, mit Italien eine Vereinbarung über die Finanzierung von Ausbaumassnahmen auf den Zulaufstrecken der NEAT in Italien abzuschliessen. Für die Finanzierung dieser Massnahmen wird ein Kredit in Höhe von 230 Millionen CHF beantragt. Die Gesamthöhe des für den 4-Meter-Korridor benötigten Verpflichtungskredits beläuft sich somit auf 940 Millionen CHF. Die Finanzierung ist über den Bahninfrastrukturfonds BIF vorgesehen.

Position der SVP

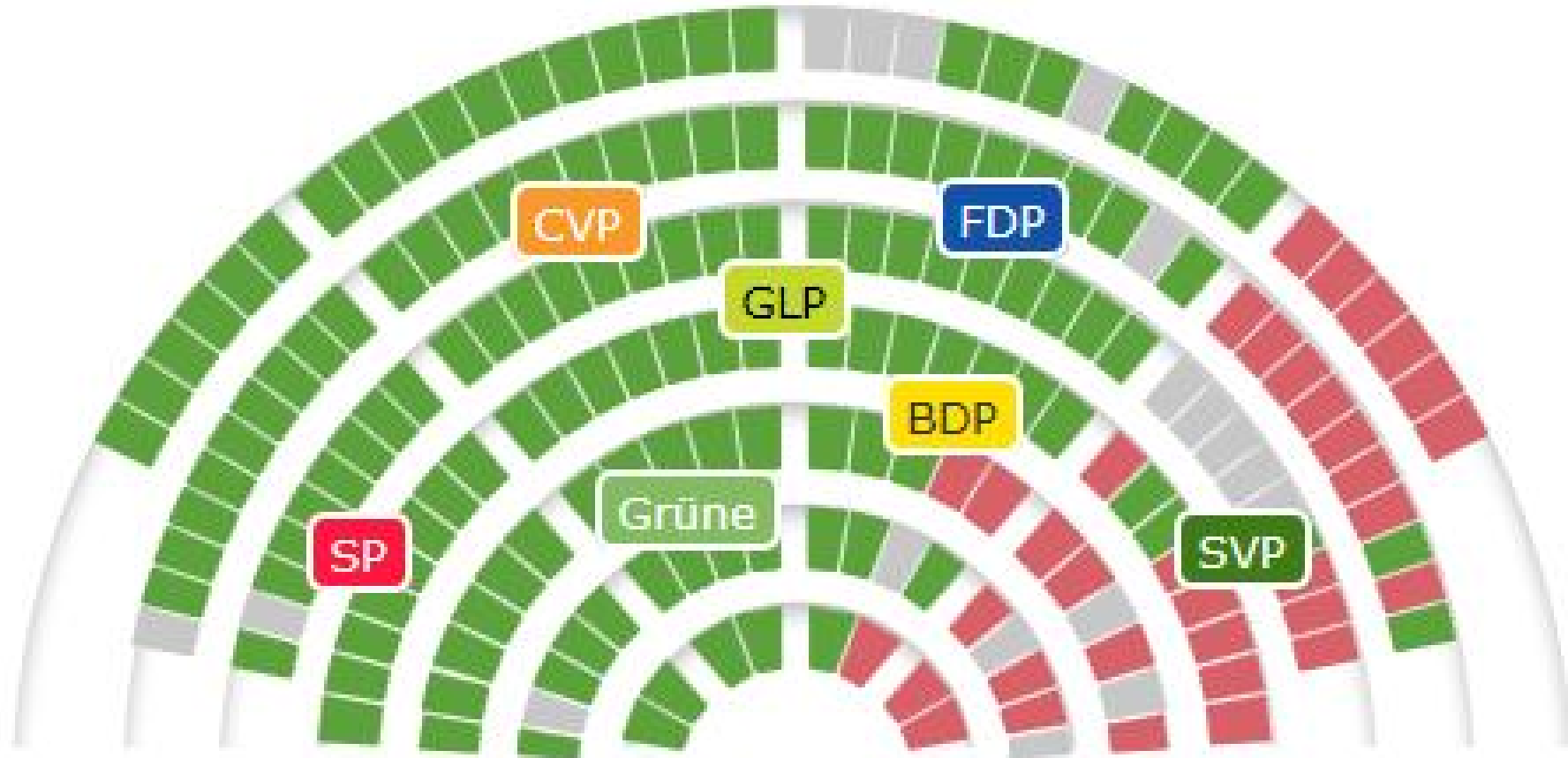
- Die SVP lehnt die Vorlage ab, u.a. auch aufgrund der Finanzierung von Bauten auf italienischem Boden.

Ergebnis in den Räten

- Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP 990 Mio. CHF für dessen Bau und die Finanzierung gesprochen. Der Nationalrat erhöhte mit 104 zu 72 Stimmen bei zwei Enthaltungen den vom Bundesrat vorgeschlagenen Gesamtkredit für den Bau und die Finanzierung des 4-Meter-Korridors um 50 Mio. CHF und folgte damit einem Vorschlag des Ständerates.



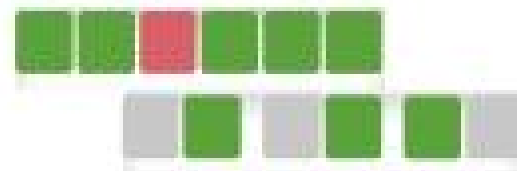
Die SVP lehnte die Schaffung eines 4-Meter-Korridor auf der Gotthard-Achse grossmehrheitlich ab

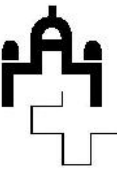


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja
80 %





Der SVP geht der indirekte Gegenvorschlag zur Pädophilen-Initiative zu wenig weit

Worum es geht

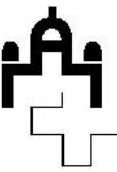
- Ziel der Initiative ist es, Kinder und abhängige Personen vor Wiederholungstätern zu schützen. Der Bundesrat steht uneingeschränkt hinter diesem Ziel, ist jedoch der Ansicht, dass es mit seinem Gegenvorschlag besser erreicht werden kann.
- Aus Sicht des Bundesrats ist die Initiative unpräzise, unvollständig und verstösst gegen Grundsätze der schweizerischen Rechtsordnung. Der Gegenvorschlag, der eine Ausdehnung des geltenden Berufsverbots sowie die Einführung eines Kontakt- und Rayonverbots vorsieht, weist diese Mängel nicht auf. Der Bundesrat empfiehlt deshalb, die Initiative abzulehnen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Position der SVP

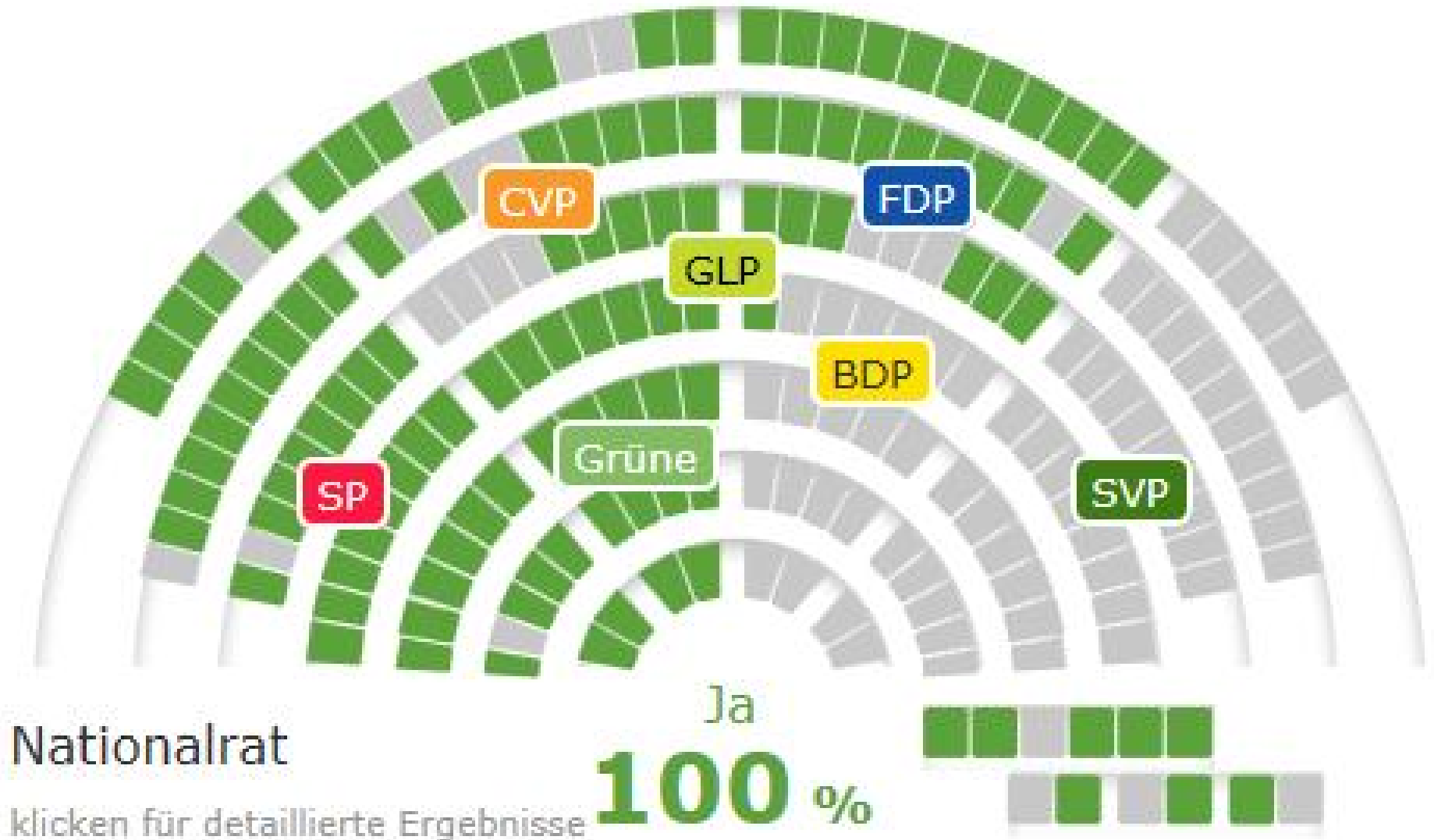
- Weil die SVP die Pädophilen-Initiative unterstützt, enthält sie sich beim indirekten Gegenvorschlag.

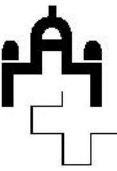
Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat hat, wie bereits der Ständerat, eine Art indirekten Gegenvorschlag zur Pädophilen-Initiative verabschiedet. Während die Initiative ein lebenslangliches Tätigkeitsverbot für verurteilte Sexualstraftäter verlangt, sieht der Gegenvorschlag ein Tätigkeits-, Rayon- und Kontaktverbot für verurteilte Pädokriminelle im Strafgesetzbuch vor und die Verbote dauern in der Regel maximal zehn Jahre. Die Gerichte haben aber mehr Spielraum. Ein lebenslangliches Verbot ist möglich.
- Der indirekte Gegenvorschlag wurde mit 115 zu 0 Stimmen bei 79 Enthaltungen und 32 zu 0 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen. Die SVP hatte sich der Stimme enthalten, da sie für die Initiative ist. Im Abstimmungskampf soll der Gegenvorschlag den Initiativgegnern Munition liefern. Die Abstimmung über die Pädophilen-Initiative findet frühestens im Mai 2014 statt.



SVP und BDP enthielten sich der Stimme beim indirekten Gegenvorschlag zur Pädophilen-Initiative





Das Freihandelsabkommen Schweiz – China wurde deutlich durch das Parlament angenommen

Worum es geht

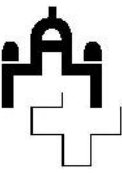
- Das am 6. Juli 2013 in Peking unterzeichnete Freihandelsabkommens (FHA) zwischen der Schweiz und China umfasst den Warenhandel (Industrie- und Landwirtschaftsprodukte), Ursprungsregeln, Zollverfahren und Handelserleichterungen, handelspolitische Schutzmassnahmen, technische Vorschriften, sanitäre und phytosanitäre Massnahmen, den Dienstleistungshandel, den Schutz des geistigen Eigentums, den Wettbewerb, die Investitionsförderung, die Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen, handelsbezogene Umwelt- und Arbeitsfragen, die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie allgemeine und institutionelle Bestimmungen.
- Das Abkommen verbessert den Marktzugang und die Rechtssicherheit im Handel mit dem grossen und dynamischen Markt Chinas und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft.

Position der SVP

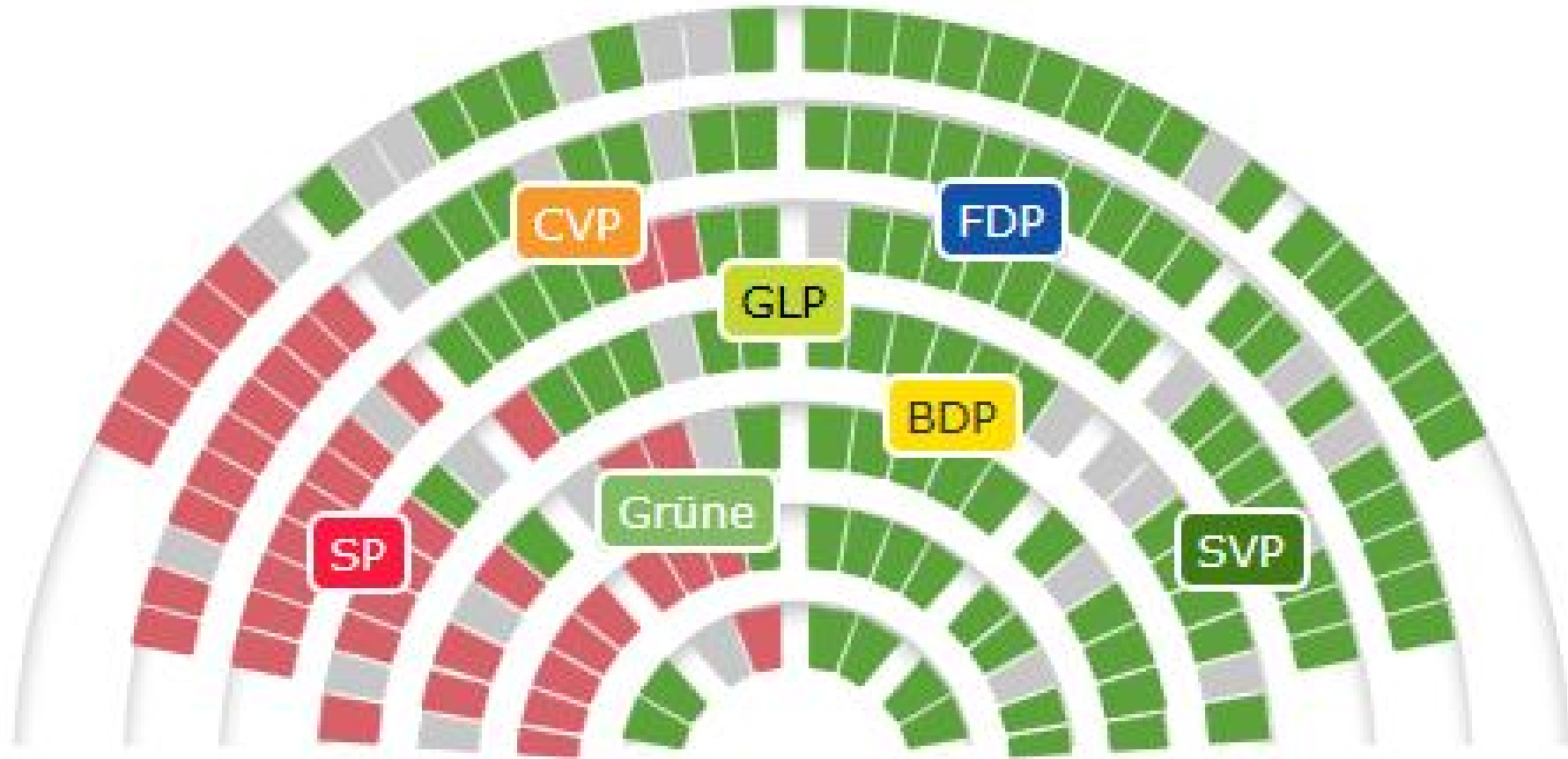
- Die SVP unterstützt das Freihandelsabkommens mit China. Betr. der Unterstellung unter das fakultative Referendum war die SVP gespalten.

Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat hat das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China am Dienstag deutlich gutgeheissen. Die grosse Kammer lehnte die Forderung zu Nachverhandlungen über Menschenrechte ab. Der Antrag der SP, das Abkommen mit dem Auftrag zu Nachverhandlungen an den Bundesrat zurückzuweisen, scheiterte mit 130 zu 56 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Er stimmte mit 120 zu 46 Stimmen für den Vertrag. Er will das Abkommen auch nicht dem fakultativen Referendum unterstellen. Das Abkommen muss noch vom Ständerat genehmigt werden, bevor es der Bundesrat ratifizieren kann.



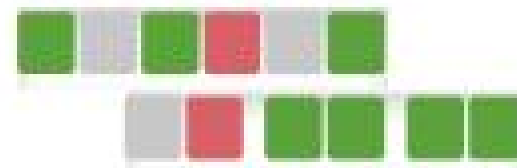
Einzig die Linke lehnte das Abkommen aufgrund von Menschenrechtsbedenken ab

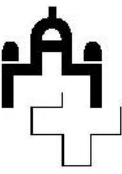


Nationalrat

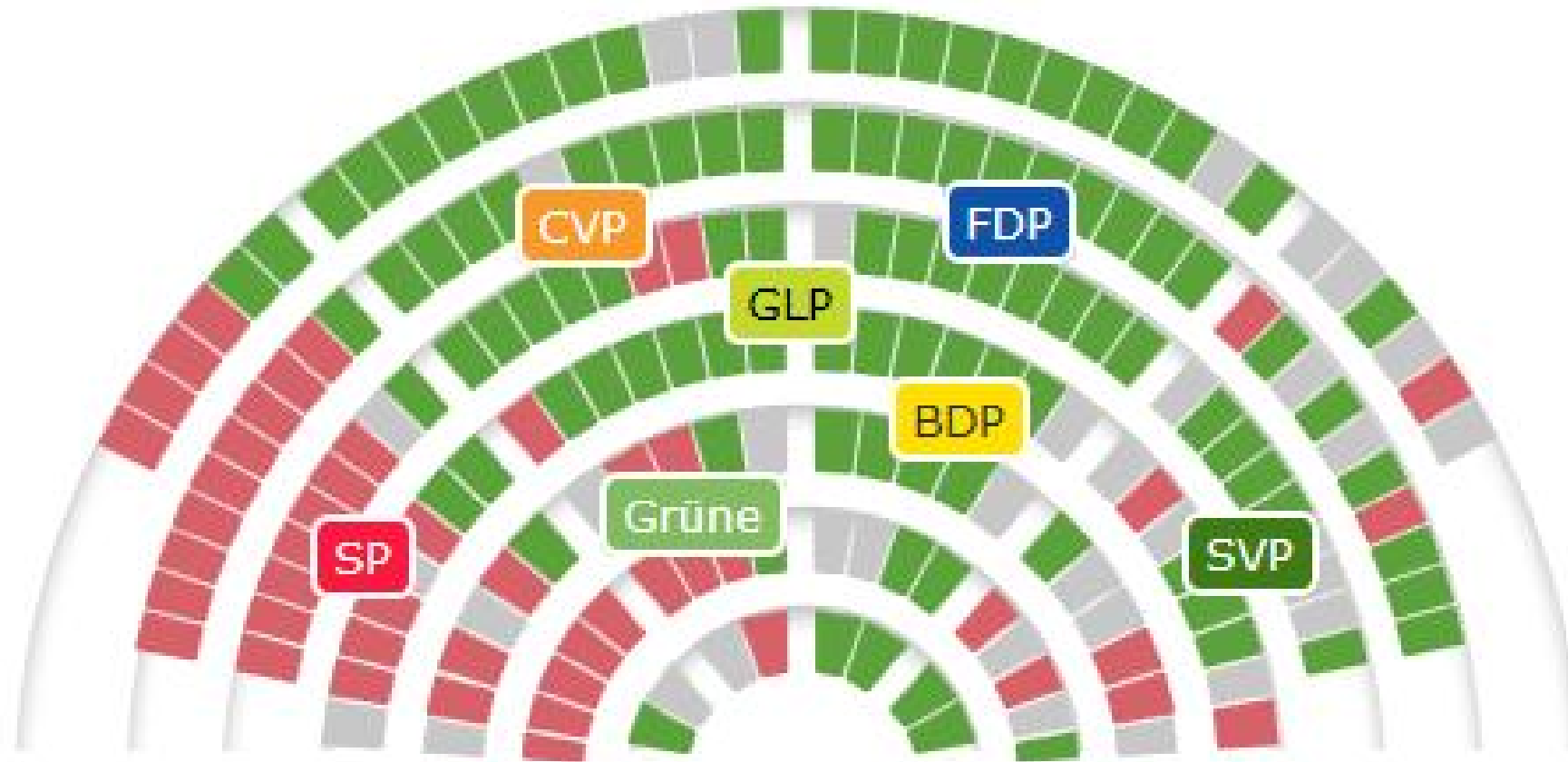
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja
72 %





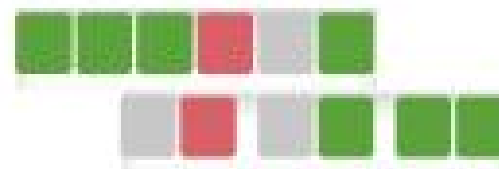
Das Referendum wurde teilweise auch von der SVP unterstützt, da sie Staatsverträge generell dem Referendum unterstellen will

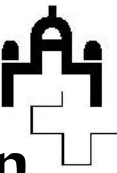


Nationalrat

klicken für detaillierte Ergebnisse

Ja
68 %





Der Ständerat will die Integration von Ausländern neu gegen den Widerstand der SVP als Staatsaufgabe ins Gesetz schreiben

Worum es geht

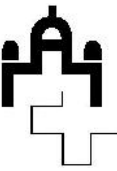
- Der Bundesrat möchte, dass eine erfolgreiche Integration von Ausländern durch positive Anreize begünstigt wird: Ausländer sollen nach einem Aufenthalt von zehn Jahren in der Schweiz neu einen Rechtsanspruch auf die Erteilung der ordentlichen Niederlassungsbewilligung haben, wenn sie in der Schweiz integriert sind.
- Bei ungünstigem Integrationsverlauf sollen die zuständigen Behörden gezielt Integrationsvereinbarungen abschliessen. Als ausdrücklicher Widerrufsgrund für Bewilligungen und andere Verfügungen soll die Nichteinhaltung von Integrationsvereinbarungen neu aufgenommen werden. Die massgebenden Integrationskriterien in den verschiedenen migrationsrechtlichen Erlassen (Asylgesetz, Ausländergesetz, Bürgerrechtsgesetz) sollen vereinheitlicht und aufeinander abgestimmt werden.

Position der SVP

- Die SVP ist der Meinung, dass die Integration in der Eigenverantwortung des Ausländers liegt und nicht durch den Staat „gefördert“ werden muss. Aus diesem Grund beantragte sie „Nichteintreten“ auf die Revision des Ausländergesetzes.

Ergebnis in den Räten

- Der Ständerat hat als Erstrat die Änderung des Ausländergesetzes zur Verankerung der Integration als Staatsaufgabe beraten. Entgegen dem Willen der SVP ist er mit 29 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung auf die Vorlage eingetreten. Neu soll nur noch eine Niederlassungsbewilligung erhalten, wer integriert ist. Einen Rechtsanspruch auf diese Bewilligung nach 10 Jahren bei guter Integration, wie es der Bundesrat wollte, lehnte der Ständerat mit 20 zu 12 Stimmen im Sinne der SVP ab. Dennoch werden mit dem Gesetz teure Integrationsmassnahmen zementiert, die dann in den Kantonen umgesetzt werden müssen. Das Gesetz geht nun an den Nationalrat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/4)

Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung

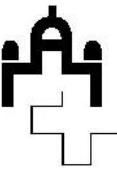
- Der Ständerat hält an den Steuerprivilegien für reiche Ausländer fest. Er empfiehlt die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung mit 30 zu 9 Stimmen zur Ablehnung.
- Die Initiative fordert die Abschaffung der Besteuerung nach dem Aufwand. Bei der Besteuerung nach dem Aufwand werden die Steuern nicht auf Basis des tatsächlichen Einkommens und Vermögens, sondern nach den im In- und Ausland entstandenen Lebenshaltungskosten der steuerpflichtigen Person bemessen. Die Besteuerung nach dem Aufwand ist möglich für ausländische Staatsangehörige, die erstmals oder nach mindestens zehnjähriger Abwesenheit in der Schweiz (steuerrechtlichen) Wohnsitz nehmen und hier keine Erwerbstätigkeit ausüben.

Initiative "für eine öffentliche Krankenkasse"

- Ständerat empfiehlt die Volksinitiative "für eine öffentliche Krankenkasse" mit 13 zu 28 Stimmen Volk und Ständen zur Ablehnung.
- Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ ebenfalls ab, will ihr jedoch einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberstellen (inkl. Einrichtung einer Rückversicherung für sehr hohe Kosten, weitere Verfeinerung des Risikoausgleichs und striktere Trennung von Grundversicherung und Zusatzversicherung).

Initiative „Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!“

- Mit 78 zu 94 Stimmen bei 16 Enthaltungen empfiehlt der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP Volk und Ständen die Volksinitiative „Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!“ ohne Gegenentwurf zur Ablehnung.
- Die Volksinitiative „Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!“ verlangt, dass gastgewerbliche Leistungen dem gleichen Steuersatz unterstellt werden wie die Lieferung von Nahrungsmitteln. Verzehrfertige Speisen und alkoholfreie Getränke sollen unabhängig von Ort und Zeit der Konsumation gleich besteuert werden.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/4)

Rüstungs- programm 2013

- Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat dem Rüstungsprogramm 2013 im Umfang von 740 Mio. CHF zugestimmt, und zwar ohne Gegenstimme. Unter anderem will der Bundesrat ein sicheres Telekommunikationsnetz aufzubauen beginnen.

Armee Ausgabenplafond

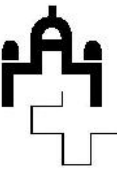
- Die Armee soll ab 2016 bis zu 5 Mrd. CHF im Jahr ausgeben dürfen. National- und Ständerat haben ihren Willen bekräftigt und den Bundesrat im Sinne der SVP mit einer Motion (12.3983) beauftragt, den Ausgabenplafond der Armee entsprechend zu erhöhen.

Bürgerrechts- gesetz

- Bei der Differenzbereinigung des Bürgerrechtsgesetzes hält der Nationalrat in den meisten Punkten an seiner schärferen Version fest. Eine Annäherung gibt es bislang nur bei der Frage, ob Aufenthaltsjahre für Jugendliche doppelt gezählt werden sollen. Entgegen dem Willen der SVP möchte der Nationalrat nun diese Erleichterung nicht mehr streichen. Differenzen bestehen insbesondere noch bei der Minimalfrist für Einbürgerungen, den sprachlichen Anforderungen und in der Frage, ob Aufenthaltsjahre als vorläufig Aufgenommener an die Frist angerechnet werden sollen.

Vorläufige Anwendung von Staatsverträgen

- Der Ständerat hat einen Gesetzesvorschlag des Nationalrates abgelehnt, der die Kompetenz, Staatsverträge vorläufig anzuwenden, den Parlamentskommissionen übertragen wollte. Mit 33 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung beschloss er sogar hinter die Vorschläge des Bundesrates zurückzugehen und am geltenden Recht festzuhalten, gemäss welchem die Kommissionen vor der vorläufigen Anwendung lediglich konsultiert werden. Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, dass die vorläufige Anwendung mit einer Zweidrittelmehrheit der Kommissionen verhindert werden kann.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/4)

Revision des Steueramtshilfegesetzes

- Entgegen dem Willen der SVP ist der Nationalrat damit einverstanden, die Regeln zur Steueramtshilfe erneut anzupassen und heisst eine Revision des Steueramtshilfegesetzes gut. Die wichtigste Änderung: Steuersünder sollen nicht mehr in jedem Fall vorgängig informiert werden, wenn Daten über sie an andere Staaten übermittelt werden. Eine Änderung fand jedoch keine Mehrheit: Auf Basis gestohlener Daten leistet die Schweiz weiterhin keine Amtshilfe.

Neues Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich

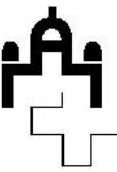
- Im Nationalrat fällt das neue Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich klar durch mit 122 zu 53 Stimmen. SVP, FDP, CVP und GLP stimmten gegen das Abkommen. SP und Grüne wollten auf das Abkommen eintreten, die SP forderte aber Nachverhandlungen. Die BDP enthielt sich grösstenteils. Mit dem Abkommen, hätten die französischen Steuerbehörden neu bei Erbschaften von Franzosen auch Immobilien in der Schweiz besteuern können. Als nächstes muss der Ständerat das Abkommen beurteilen.

Finanzreferendum

- Einmal mehr hat der Nationalrat die Forderung der SVP nach einem Finanzreferendum abgelehnt. Die entsprechende parlamentarische Initiative der SVP, welche Ausgaben ab einer gewissen Höhe dem fakultativen Referendum unterstellen wollte, wurde mit 115 zu 71 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Abschaffung der Stempelsteuer auf Eigenkapital

- Der Ständerat hat die Abschaffung der Stempelsteuer auf Eigenkapital ohne Gegenstimme sistiert. Die Erleichterung für Firmen im Umfang von jährlich 240 Mio. CHF soll erst mit der Unternehmenssteuerreform III eingeführt werden.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/4)

Kranken- versicherungs- Aufsichtsgesetz

- Der Nationalrat hat das neue Krankenversicherungs-Aufsichtsgesetz mit 98 zu 83 Stimmen bei 6 Enthaltungen im Sinne der SVP zurückgewiesen. Verbunden ist die Rückweisung mit dem Auftrag, einzelne Punkte zur Aufsicht im KVG zu "ergänzen". Dabei handelt es sich um weniger umstrittene Punkte. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat, der das Gesetz gutgeheissen hatte.

Nationales Vermummungs- verbot

- Der Ständerat hat erneut ein nationales Vermummungsverbot abgelehnt. Die Motion von Peter Föhn (SVP/SZ) zur Verankerung des Vermummungsverbots im StGB lehnte die kleine Kammer nun mit 34 zu 7 Stimmen ab, obwohl einige Ständeräte im Juni noch behauptet hatten, diese Variante würden sie unterstützen.

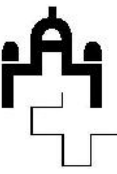
Kosovo: Überstellung verurteilter Personen

- Der Ständerat hiess als Zweitrat ohne Gegenstimme ein Übereinkommen zwischen der Schweiz und Kosovo gut, wonach verurteilte Kosovaren in der Schweiz und Schweizer im Kosovo ihre Freiheitsstrafe auch in ihrem Heimatland absitzen können – oder müssen. Grundsätzlich müssen Straftäter mit einer Überstellung einverstanden sein. Allerdings gibt es auch Konstellationen in denen sie gegen ihren Willen in ein Gefängnis im Heimatland überstellt werden können. Dies gilt namentlich für Straftäter, die nach Verbüssen der Freiheitsstrafe sowieso ausgewiesen oder abgeschoben werden.

Teilrevision des Transplantations- gesetzes

- Auch in Zukunft dürfen Organe einer verstorbenen Person nur entnommen werden, wenn sie oder allenfalls die Angehörigen zugestimmt haben. Der Ständerat hat einen Wechsel zur Widerspruchslösung abgelehnt. Mit dieser könnten Organe entnommen werden, sofern sich eine Person vor dem Tod nicht ausdrücklich dagegen ausgesprochen hat.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

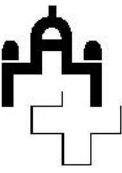
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Frühjahrssession: 3. - 21. März 2014**
- **Sondersession: 5. - 8. Mai (nur NR)**
- **Sommersession: 2. - 20. Juni 2014 (2. Woche: Di. – Fr., da Pfingstmontag am 9. Juni)**
- **Herbstsession: 08. - 26. September 2014**
- **Wintersession: 24. November - 12. Dezember 2014**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 50 Personen:**
 - Anmeldung unter besucherdienst@parl.admin.ch oder 031 322 85 22
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



Engagieren Sie sich mit Leserbriefen, Standaktionen und Flyer-
versand für ein JA zur Masseneinwanderungsinitiative am 9. Feb.!

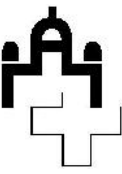


**Masslosigkeit
schadet!**

**Massen-
einwanderung
stoppen JA**



PC 60-167674-9



Haben Sie Fragen?